



Kantonsrat Zürich
Kommission für Energie,
Verkehr und Umwelt
8090 Zürich

Zürich, 1. Oktober 2008

Medienmitteilung zu den beiden Vorlagen

4509: Kantonale Volksinitiative «Halbstündliche S-Bahn für Alle; Für eine halbstündliche Bedienung aller S-Bahnstrecken des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) im Kanton Zürich»

4510: Verordnung über das Angebot im öffentlichen Personenverkehr (Angebotsverordnung)

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) des Kantonsrats teilt mit:

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt hat ihre Beratungen zu den Vorlagen 4509 und 4510 abgeschlossen.

Die KEVU kam zu folgendem Beratungsergebnis:

Die Mehrheit der Kommission lehnt die Initiative ab und begrüsst die Annahme der Vorlage 4510 als indirekten Gegenvorschlag:

Die Mehrheit hält das Grundanliegen der Volksinitiative durchaus für berechtigt. Sie plädiert allerdings dafür, dass zu dessen Verwirklichung die nötigen Investitionen sinnvoll aufeinander abgestimmt werden. Das wird durch die Vorlage 4510 als indirektem Gegenvorschlag gewährleistet, während die Volksinitiative eine Sofortlösung verlangt.

Konkret gibt es gegenseitige Abhängigkeiten aller Investitionen in den Bahnkorridor Flughafen–Winterthur. Es geht um die vom Kanton Zürich bezahlten Investitionen in die 4. Teilergänzung. Diese sind zusammen mit Investitionen der SBB auf diesem Korridor im Rahmen des ZEB1 geplant. Ein Verzicht auf dieses Zusammengehen auf dem Korridor der S29 verursacht Kosten von ca. 40 Mio., auf dem Korridor der S26 solche von ca. 10 Mio. Franken; ein isolierter Ausbau kostet also insgesamt etwa 50 Mio. Franken. Das Warten auf eine Gesamtlösung wird zudem durch die Nachfrage gerechtfertigt.

Eine Minderheit der Kommission empfiehlt die Annahme der Volksinitiative:

Die Minderheit anerkennt, dass mit der Änderung der Angebotsverordnung die wesentlichen Anliegen der Initianten berücksichtigt werden. Hingegen teilt sie die Meinung der Initianten, dass der Vorbehalt in § 14a Abs. 2 in der Angebotsverordnung nicht nötig ist: Falls wider Erwarten

die Sicherstellung der Finanzierung durch Bund und Kantone nicht möglich ist, ist nach Ansicht der Minderheit eine Zwischenlösung für die S26 und S29 eben durchaus ohne einmalige Mehrinvestitionen auf beiden Linien möglich.

Ein Teil der Minderheit unterstützt die Volksinitiative bis zum positiven Entscheid des Nationalrates zum ZEB1-Beschluss (Ausbau Flughafen – Winterthur).

allfällige Rückfragen an:

allgemein:

Kantonsrat Ruedi Menzi, Präsident KEVU, (079'443'96'71)

Minderheit:

Kantonsrat Robert Brunner, Mitglied KEVU, (044'853'30'66)